



LANDESDELEGIERTENTAG

Die Schwerpunkte sind gesetzt

Landesvorstand optimiert Zuständigkeiten

Der Landesdelegiertentag, der über zwei Tage ging, hat neben den Neuwahlen auch die Schwerpunkte für die nächsten Jahre definiert. Durch über 80 Anträge in den Rubriken Dienstliches, Soziales, Tarifpolitik, Beamtenrecht, Satzung, Organisation, etc. und die dazugehörige Antragsberatung der Delegierten wurde der Kurs festgelegt.

Der Leitantrag unseres Delegiertentages wurde einstimmig von unseren 111 Delegierten beschlossen. Dieser Leitantrag bestimmt, dass wir uns für ein UMSTEUERN in folgenden Bereichen besonders einsetzen werden:

Tarifpolitik

Zwei unterschiedliche Tarifverträge für Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes führten nicht zu



Der neue Landesvorsitzende Jochen Kopelke freut sich über das überragende Wahlergebnis.
Fotos: Anne Wohlers

dem Erfolg, den sich die Politik damals erhofft hat. Im Gegenteil, die Tarifverträge ähneln sich zunehmend. Trotz gleicher Arbeit auf hohem Niveau bestehen zwei Manteltarifverträge für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Wir fordern gemeinsam mit dem DGB eine Zusammenführung der beiden Tarifverträge des öffentlichen Dienstes.

Beamtenpolitik

Was für die unterschiedlichen Tarifverträge im öffentlichen Dienst gilt, hat sich im Beamtenbereich fortgesetzt. Jedes Bundesland wollte die Besoldungs- und Versorgungspolitik selbst in die Hand nehmen. Selbst anerkannten Beamtenrechtsexperten fällt es schwer, noch eine Vergleichbarkeit herzustellen. Aber Vergleichen ist ja gängige Praxis in unserem Bundesland, wie sinnvoll das ist, lässt uns mit Sicherheit bald das Bundesverfassungsgericht wissen! Eines ist zweifellos erkennbar, ein Süd-Nord-Gefälle in der Besoldung.

Der Konkurrenzkampf um Bewerber und anschließend um Auszubildende ist in vollem Gange. Als hochverschuldetes kleinstes Bundesland muss sich für uns etwas ändern. Beamtenrecht wird zu einem Wirrwarr, durch das fast nur noch unsere Experten durchsteigen.

Wir fordern ein einheitliches Beamtenrecht in der Bundesrepublik Deutschland.

Gewalt gegen Polizeibeamte

Allein im Jahr 2012 stieg die Anzahl der Gewalttaten, bei denen Polizistinnen und Polizisten zu Opfern wurden, um 13% und die Widerstandsdelikte um 11%.

Die Polizei repräsentiert unseren Staat, unsere Gesellschaft und hat den Auftrag, diese zu schützen. Jeder Angriff auf einen Polizisten ist ein An-



Der Bundesvorsitzende Oliver Malchow (re.) gratuliert Jochen Kopelke zu seiner Wahl.

griff auf unsere Gesellschaft, insbesondere dann, wenn er aus dem „Nichts“ erfolgt. Das heißt, nur aus dem einen Grund, weil es sich um eine Polizistin oder einen Polizisten handelt. Somit ist diese Gesellschaft in der Pflicht, Stellung zu beziehen und Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte weiterhin zu ächten.

Wir fordern weiterhin die Einführung des § 115 StGB.

Weitere herausragende Anträge waren unter anderem die Forderung nach einer Mitarbeiterbefragung in der Polizei Bremen, analog der der Ortspolizeibehörde Bremerhaven. Wer aufmerksam die nächsten Seiten dieser Zeitschrift liest, wird staunen, was von Mai bis Juni 2014 möglich ist.

Neue Schwerpunkte bedeuten aber auch, eine Optimierung der Zuständigkeiten im geschäftsführenden Landesvorstand unserer GdP. Auf der konstituierenden Sitzung wurden als Erstes die Verantwortlichkeiten der einzelnen Mitglieder des Geschäfts-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

führenden Landesvorstandes neu verteilt. **Fach- und Personengruppen werden jetzt wie folgt betreut:**

Heinfried Keithahn

Fachgruppe Zentrale Dienste und Senioren Bremen und Bremerhaven

Axel Kniefs

Tarifangestellte

Dierk Stahl

Fachgruppe Wasserschutz und Verkehr

Jens Bley

Fachgruppe Bereitschaftspolizei und Junge Gruppe

Martina Tietgens

Fachgruppe Stadtamt und Frauengruppe

Nils Winter

Fachgruppe Schutzpolizei



Der neu gewählte Geschäftsführende Vorstand (v. li.): Axel Kniefs, Nils Winter, Dierk Stahl, Jochen Kopelke, Martina Tietgens, Heinfried Keithahn, Jens Bley und Rolf Oehmke

Foto: Anne Wohlers

TERMIN

Redaktionsschluss für die **Juni-Ausgabe 2014**, Landesjournal Bremen, ist der **4. Mai 2014**.

Artikel bitte mailen an: Ahlersbande@t-online.de

Rolf Oehmke

Fachgruppe Kriminalpolizei
 Weitere Aufgabenbereiche werden ebenfalls angepasst, sie sind auf unserer Homepage nachzulesen. Durch die Verteilung unserer Aufgaben und Zuständigkeiten steht nun auch fest, an wen ihr euch zusätzlich zu euren Vertrauensleuten wenden könnt, wenn ihr Fragen, Anregungen oder Probleme habt. Als Geschäftsführender Landesvorstand treffen wir uns in Zukunft alle zwei Wochen in der Geschäftsstelle in Bremen. Dabei ist Bremerhaven durch die Kreisgruppe vertreten.

Wir haben aber auch den Grußworten unseres **Innensenators Ulrich Mäurer (SPD)** sowie unseres **Bundsvorsitzenden der GdP, Oliver Malchow**, zuhören dürfen. Der Innensenator bot dem neuen Vorstand Gespräche und Zusammenarbeit an und wies noch einmal auf den Erfolg der zweigeteilten Laufbahn und der jetzt notwendigen Weiterführung durch Stellenanpassungen hin.

Oliver Malchow machte deutlich, dass die innere Sicherheit einen größeren Stellenwert in den Landesparlamenten erfahren muss: „Nicht jeder



DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:

Bgm.-Smidt-Straße 78
 28195 Bremen
 Telefon (04 21) 9 49 58 50
 Telefax (04 21) 9 49 58 59
 Behörde: 1 09 48
 Internet: www.gdp-bremen.de
 E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:

Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
 c/o Gewerkschaft der Polizei
 Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
 Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der
 Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
 Antje Kleucker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2014
 Adressverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Postfach 14 52, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



Die Junge Gruppe verabschiedet mit einem Geschenk ihren langjährigen Betreuer Reiner Wöbken.

Foto: Anne Wohlers



LANDESDELEGIERTENTAG



Dank und Abschied. Unser langjähriger Landesvorsitzender Horst Göbel erhält ein Geschenk von seinem Nachfolger. Foto: Anne Wohlers



Vor der Abstimmung über die Anträge stand die Diskussion. Foto: Anne Wohlers

kann als Tourismusexperte in einem Landtag arbeiten, es muss auch Experten für die innere Sicherheit geben, diese fehlen zunehmend in der Politik.“

Abschließend stellte **Dr. Carsten Sieling (SPD)** in einem Vortrag zum Thema **Steuereinnahmen und Steuerpolitik** klar, dass ein Umdenken und UmFAIRteilen in Deutschland stattfinden muss. Das Wort „Fair“ wurde in diesem Zusammenhang sehr kritisch durch unsere Delegierten hinterfragt. Die Themen der Diätenerhöhung im Bundestag und der nicht vergessene Besoldungsskandal in Bremen sind wie ein Streichholz an einer Lunte ... diplomatisch ausgedrückt: nicht gut!

Nachdem die Gemüter wieder beruhigt waren, widmeten wir uns erneut der oben genannten Antragsberatung. So klang er dann mit einem versöhnlichen Delegiertenbeschluss zum Thema **Frauen in Funktionen der GdP** bringen, aus, der Landesdelegiertentag der GdP Bremen.

Vielen Dank für euer Engagement Kolleginnen und Kollegen.

Jochen Kopelke



Der Bundesvorsitzende Oliver Malchow bei seiner Ansprache zu den Delegierten und Gästen unseres Landesdelegiertentages. Foto: Anne Wohlers



Die Organisation eines zweitägigen Landesdelegiertentages beginnt weit vor der eigentlichen Veranstaltung. Dank unserer Kolleginnen der Geschäftsstelle der GdP Bremen gelang es weit im Voraus die nötigen Unterlagen zusammenzustellen, die Gäste- und Delegiertenlisten zu erstellen und einen geschmückten Konferenzort vorzufinden. Als neuer Landesvorstand möchten wir hiermit noch einmal herzlichen Dank sagen. Durch euch und die Arbeit, die ihr in diesen Delegiertentag gesteckt habt, konnten wir uns um unsere Kolleginnen, Kollegen und die zahlreichen Gäste kümmern. Eine kleine Aufmerksamkeit in Form von Blumen gab es bereits am Ende des Landesdelegiertentages, aber jetzt noch einmal in dieser Form: DANKE!

Jochen Kopelke
Foto: Georg Heinrich

**Gewerkschaft der Polizei
Bremen**



Bundesseniorenkonferenz in Potsdam

Unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ fand vom 10. bis 11. März 2014 in Potsdam die 7. Bundesseniorenkonferenz statt. Aus Bremen nahmen als Delegierte die Kollegen **Walter Liebetrau, Wolfgang Stanger, Eckhard Lindhorst und Wolfgang Karzenburg** in seiner Funktion als FG-Vorsitzender teil. Die Tagesordnung beinhaltete u. a. die Wahl des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes. Mit Änderung der Bundesrichtlinie Senioren (Bund)

Stanger u. a. zu den Themen: Keine Kürzungen in der Beamtenversorgung, geplante Rentenkürzungen rückgängig machen, vollwertige Seniorenvertretung im DGB, menschenwürdige Pflegebetreuung an. Ein Dankeschön an dieser Stelle an unseren bisherigen Bundesseniorenvorsitzenden **Anton Wiemers**. Anton hatte immer ein offenes Ohr für die Bremer Seniorinnen und Senioren. Er hat dieses mehrfach bei seinen Besuchen in Bremen unter Beweis gestellt. Aus-



Die Bremer Teilnehmer (v. li.) **Walter Liebetrau, Wolfgang Karzenburg, Eckhard Lindhorst und Wolfgang Stanger**.

2013 war eine Erweiterung des Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes vorgesehen. Zum neuen Bundesseniorenvorsitzenden wurde der Kollege **Winfried Wahlig** vom Bezirk BKA gewählt. Der bisherige Vorsitzende – Kollege **Anton Wiemers** – hatte nicht wieder kandidiert. Zu den jetzt zwei stellv. Vorsitzenden wurden die Kollegen **Klaus-Peter Leiste**, Landesbezirk Hamburg und der Kollege **Bernd Kohl**, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, gewählt. Die bisherige Schriftführerin **Sigrid Graedtke**, Landesbezirk Brandenburg, wurde wiedergewählt. Stellv. Schriftführer ist der Kollege **Werner Fischer**, Landesbezirk Baden-Württemberg. Außerdem standen ca. 40 Anträge zur Bera-

thung u. a. zu den Themen: Keine Kürzungen in der Beamtenversorgung, geplante Rentenkürzungen rückgängig machen, vollwertige Seniorenvertretung im DGB, menschenwürdige Pflegebetreuung an. Ein Dankeschön an dieser Stelle an unseren bisherigen Bundesseniorenvorsitzenden **Anton Wiemers**. Anton hatte immer ein offenes Ohr für die Bremer Seniorinnen und Senioren. Er hat dieses mehrfach bei seinen Besuchen in Bremen unter Beweis gestellt. Aus-

Wolfgang Karzenburg



Monatstreffen Mai

Bremerhaven

Dienstag, 13. Mai 2014, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Auf unserer Sitzung wird Frau Schumm von Performa Nord bei uns ein Referat halten über gravierende **Änderungen in der Bremischen Beihilfeverordnung**, hier speziell über den § 4 a. Da die Beihilferichtlinien im Zweistädtestaat Bremen identisch sind, gelten diese Änderungen natürlich auch für die Bremerhavener Kollegen. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten, da Frau Schumm sich extra außerhalb ihrer regulären Dienstzeit bereit erklärt hat, zu dieser für uns wichtigen Thematik nach Bremerhaven zu kommen.

Dieses Angebot gilt natürlich auch für die aktiven GdP Kollegen/-innen.

Wolfgang Stanger

Bremen

Donnerstag, 8. Mai 2014, 15.30 Uhr, Grollander Krug

SENIOREN (BRHV) Kleine Reise am Vatertag

Für unsere kombinierte Bus-/Schiffsreise zum und auf dem Nord-Ostsee-Kanal am 29. Mai (Himmelfahrt/Vatertag) sind noch einige wenige Restplätze frei. Wer also Lust und Zeit hat, mit oder ohne Partner/-in, sollte sich schnellstens entscheiden, wenn es nicht schon beim Erscheinen dieses Artikels zu spät ist. Den offiziellen Katalogpreis konnte ich noch mal extrem runterhandeln, sodass diese tolle Tagestour mit diesem umfangreichen Leistungsangebot für jeden GdP-Pensionär erschwinglich ist.

Verbindliche Anmeldungen zu diesem Event bis spätestens 9. Mai an **Wolfgang Stanger**, Tel. 04 71/8 76 54, oder per Mail: w.stanger@gmx.de.

Wolfgang Stanger



Ein Tarifabschluss mit Signalwirkung

Eines hat der Verlauf der Tarifverhandlungen in diesem Jahr wieder ganz deutlich werden lassen: Es lohnt sich, für eine gemeinsame Aktion mit den anderen DGB-Gewerkschaften unsere Mitglieder aufzurufen, die Arbeit niederzulegen und in den Warnstreik zu treten. Genauso wie unser Bundesvorsitzender Oliver Malchow sind auch wir der Meinung, dass diese Warnstreiks zu einem schnellen Abschluss der Tarifverhandlungen beigetragen haben.

Neben der Großkundgebung in Hannover am 25. März fanden weitere Kundgebungen u. a. in Gießen, Frankfurt/Main, Mainz, Stuttgart, Baden-Baden, Kassel, München, Nürnberg, Dortmund, Köln, Duisburg, Bielefeld und Erfurt statt.

Die DGB-Gewerkschaften in Bremerhaven hatten zwölf Busse für ihre Mitglieder organisiert, die auch alle gebraucht wurden.

Wir konnten leider nicht alle in der GdP organisierten Kolleginnen und Kollegen für eine Mitfahrt gewinnen. Unser Bus war nur zur Hälfte besetzt, was aber nicht heißen soll, dass die andere Hälfte unbesetzt blieb.

Auf dem Schützenplatz in Hannover reihten wir uns bei unseren Mitstreitern der anderen Gewerkschaften ein und starteten zum Sternmarsch auf den Opernplatz. So verwundert die Zahl von über 20000 Streikenden nicht, die sich in diesem Jahr versammelten.

Unsere Teilzeitbeschäftigten und „Fußkranken“, die nicht mitfahren konnten, waren derweil aber auch recht aktiv. Sie nutzten unsere GdP-Geschäftsstelle als Streikbüro und bezogen vor den Stadthäusern ihren durchaus sehr wichtigen Streikposten. Die Gespräche unserer Kolleginnen und Kollegen mit den Bürgerinnen und Bürgern hinterließen so häufig eine positive Resonanz auf den Streik. „Kein Problem, dann komme ich eben morgen wieder. Es ist richtig, dass Sie streiken“, bekamen unsere streikenden Daheimgebliebenen doch öfter zu hören.

Der überraschend schnelle Tarifabschluss lässt tatsächlich nur einen Schluss zu: Die beeindruckenden bundesweiten Großaufgebote der streikenden Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes haben den Ausschlag zur Tarifeinigung gegeben.

Ergebnisse der Tarifverhandlungen

Das Ergebnis für die rund 2,1 Millionen Beschäftigten in Bund und Kommunen darf man durchaus als recht passabel bezeichnen:

Ab dem 1. März 2014 erhalten die Beschäftigten 3%, mindestens aber 90 Euro mehr. Dadurch erhöht sich das Einkommen besonders für die unteren Einkommensgruppen – hier bedeutet es ein Plus von bis zu 7,6%.

Ab dem 1. März 2015 erhöht sich das Einkommen um weitere 2,4%.

Die Ausbildungs- und Praktikantentgelte erhöhen sich ab 1. März 2014 um einen Festbetrag in Höhe von

40 Euro und ab dem 1. März 2015 um einen Festbetrag in Höhe von 20 Euro.

Und ganz wichtig:

§ 16 a TVAöD – Allgemeiner Teil – (Übernahme von Auszubildenden) wird ab dem 1. März 2014 wieder in Kraft gesetzt und tritt mit Ablauf des 29. Februar 2016 außer Kraft.

Die Urlaubsdauer für Tarifbeschäftigte beträgt ab dem Urlaubsjahr 2014 bei Verteilung der Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche 30 Arbeitstage.

Für Auszubildende und Praktikanten beträgt sie ab dem Urlaubsjahr 2014 bei Verteilung der wöchentlichen Ausbildungszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche 28 Arbeitstage.

Unsere Mitglieder sollten künftig jegliche Lethargie, wenn es wieder um das Thema „Streik“ geht, im Keim ersticken. Dieses Signal, das von den Gewerkschaften ausging und seine Wirkung nicht verfehlte, dürfte nun eindeutig bei allen – den Gewerkschaftsmitgliedern, wie auch auf der Arbeitgeberseite – angekommen sein.

Brigitte Weinhold

Mitarbeiterbefragung – die zweite!

Die Bewerberzahlen bei der Polizei nehmen bereits jetzt dramatisch ab, von 3000 Bewerberinnen und Bewerbern im Jahr 2009 auf 1700 im Jahr 2014. In Zukunft wird es für die Polizei von elementarer Bedeutung sein, ihren Ruf als attraktiver Arbeitgeber abzusichern. Es stellt sich daher die Frage, ob wir Bewerberinnen und Bewerbern „gute Arbeit“ bieten.

Bei der Ortspolizeibehörde steht die nächste Mitarbeiterbefragung an und erstaunlicherweise gibt es Stimmen, die die Frage diskutieren, was das Ganze denn bringen soll. Häufig verknüpft mit der Feststellung, die letzte Befragung habe schließlich auch nichts gebracht.

Was also soll eine Mitarbeiterbefragung bringen?

Auf die Perspektive kommt es an!

Die Antworten auf die recht offene aber dennoch beliebte Frage: „Und, wie ist so die Stimmung bei euch?“ fallen erstaunlicherweise sehr unterschiedlich aus, je nachdem, ob man die Vorgesetzten oder die vielbeschworene Basis einer Organisationseinheit fragt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Optimismus mit dem Dienstgrad steigt. Je höher die Führungsebene, desto rosiger das Bild. Es kommt eben auf die Perspektive an.

Mitarbeiterbefragungen haben primär die Aufgabe, diese Diskrepanz zwischen den Perspektiven aufzulösen. Sie sollen ein möglichst repräsentatives Stimmungsbild vermitteln. Nicht mehr und nicht weniger. Diesen Zweck hat die letzte Mitarbeiterbefragung zweifellos erfüllt. Damit hat sie auch die Wahrnehmung

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

mung in der Ortschaftsbehörde verändert.

Was die Behörde/das Unternehmen, was die Mitbestimmungsgremien, die Gewerkschaften oder die Politik mit dem Ergebnis einer Mitarbeiterbefragung machen, steht auf einem anderen Blatt. Dazu später mehr.

Gute Arbeit?

Ein Vorteil der Mitarbeiterbefragung nach dem „Index-Gute-Arbeit“ besteht darin, dass über das Stimmungsbild hinaus Stärken und Schwächen der Behörde identifiziert worden sind, die wiederum in ein Prädikat münden. Können wir mit guter Arbeit werben? Die Gesamtnote, die wir bei der letzten Befragung erzielt haben, liegt im Vergleich mit anderen Branchen im unteren Durchschnitt. Das heißt, es gibt noch Luft nach oben.

belegen aber auch anschaulich die zentrale Rolle der Vorgesetzten bei der Gestaltung des Arbeitsklimas und der Stimmung.

Maßnahmen

Ursprünglich wurde angenommen, dass die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung bereits für sich in jeder einzelnen Organisationseinheit Impulse für Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation geben würden. Wenn ich als Vorgesetzter feststelle, dass meine Abteilung, mein Amt, in Bereichen, die ich gestalten kann, schlecht abgeschnitten hat, dann packt mich doch der Ehrgeiz. Wer gibt sich schon gerne mit einem mittleren oder gar unteren Tabellenplatz zufrieden, doch nur Loser oder Werder Bremen. Aber seien wir ehrlich: Die Reflektionen haben zwar ganz sicher stattgefunden und in einigen Bereichen auch zu Veränderungen inspiriert. Insgesamt wa-

Eine Zusammenfassung der Maßnahmen kann auf unserer Website www.gdp-bremerhaven.de eingesehen werden.

Tue Gutes und rede darüber

Ein Teil dieser Maßnahmen wurde bereits umgesetzt. Dazu gehört auch die Organisationsänderung im Ermittlungsdienst oder die Einführung der Mitarbeitergespräche.

Nach der Mitarbeiterbefragung hat die Ortschaftsbehörde endlich eine Betriebswirtin eingestellt, zu deren Schwerpunkten es gehören wird, die im Bereich der Arbeitsbelastung unverzichtbaren Messinstrumente zu entwickeln.

Das, was zu Recht kritisiert werden muss, ist der Umstand, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe noch nicht veröffentlicht wurden. Das wird zu den Aufgaben im Rahmen der Mitarbeiterbefragung 2014 gehören.



Die magische Präsenz des Analoges

Unsere Stärke ist die Kollegialität. Unsere Schwächen liegen eindeutig beim Gehalt und bei den Aufstiegsmöglichkeiten. Das sind die beiden Felder, die offensichtlich organisationsübergreifend für den gesamten Polizeivollzugsdienst gelten.

Ansonsten differieren die Stärken und Schwächen von Organisationseinheit zu Organisationseinheit, und das zum Teil ganz erheblich. Daraus resultiert die Schlussfolgerung, dass eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen offensichtlich erzielt werden kann, indem wir voneinander lernen. Soweit es um die Arbeitsbelastung geht, brauchen wir Instrumente, die es ermöglichen, die Arbeit gerechter zu verteilen oder im Rahmen von Priorisierungen zurückzustellen. Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung

ren die Reaktionen auf die Ergebnisse aber leider nicht so ermutigend wie erhofft.

Deshalb hat der Direktor der Ortschaftsbehörde entschieden, dass die Arbeitsgruppe, die die Mitarbeiterbefragung in der Durchführung begleitet hatte, auch Maßnahmen entwickeln bzw. benennen sollte, die zu einer Verbesserung des Indexes beitragen sollten.

Das hat die Arbeitsgruppe getan. Sie hat ein umfangreiches Bündel mit mehr als dreißig Einzelmaßnahmen in den Bereichen

- **Führung,**
- **Organisation,**
- **Personal,**
- **Kommunikation und**
- **Gesundheitsvorsorge** geschnürt.

Umsetzung

Die Ortschaftsbehörde hat viele kreative Köpfe und deshalb haben wir unglaublich viele und gute Ideen. Die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse sind aber einfach zu diffus.

Die größte Stärke der Ortschaftsbehörde ist die Fähigkeit, Ideen innerhalb kürzester Zeit in Maßnahmen umzusetzen. Das haben wir vielfach bewiesen, unter anderem beim Audit berufundfamilie oder auch bei der Mitarbeiterbefragung.

Gleichzeitig besteht unsere größte Schwäche darin, dass sich viele Entscheidungen in grundlegenden Fragen wie Gummi ziehen. Denken wir nur an die Stellenbewertungen im Polizeivollzugsdienst.

Die Ortschaftsbehörde verfügt nicht über die notwendigen Mittel, weder über das Personal noch über das Geld, um gleichzeitig ein Verfahren zur Führungskräfteentwicklung, ein wirksameres Fortbildungskonzept, Instrumente zur Messung von Arbeitsbelastung, ein Konzept zum altersgerechten Arbeiten, ein Führungskräftefeedback etc. einzuführen.

Die Behördenleitung – für uns sind das vorrangig der Behördenleiter, assistiert durch seine Amtsleiter – muss aber die grundlegenden Entscheidungen treffen, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen, in welcher



KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Priorität das geschehen muss und wer inhaltlich die Verantwortung trägt. Die Behördenleitung sollte alsdann über den Fortschritt informieren, und wir sollten uns alle interessieren und uns aktiv einbringen.

Gewerkschaften

Für uns ist die Mitarbeiterbefragung ein Füllhorn. Eine große Wundertüte voller Argumente für unsere Arbeit und ein präzises Mandat. Deshalb haben wir uns für die Mitarbeiterbefragung eingesetzt und deshalb fordern wir euch erneut zur Teilnahme auf. **Eine** Mitarbeiterbefragung reicht nicht aus, um unsere Ziele zu erreichen. Nur der stete Tropfen höhlt den Stein.

Politik

Bei dem Stein, den es zu „höhlen“ gilt, handelt es sich nämlich um rotgrünen Granit. Die bittere Wahrheit ist, dass politische Veränderungen

sich in einem ausgesprochen zähen Prozess vollziehen. Eine Mitarbeiterbefragung kann keine Kurskorrektur bewirken, sie kann aber etwas dazu beitragen, wenn sie zum ständig wiederkehrenden Ritual im Prozess politischer Meinungsbildung wird. Im politischen Meinungsbildungsprozess wird es eine Rolle spielen, wenn die Beschäftigten der Polizei im Rahmen einer repräsentativen Umfrage mit überwiegender Mehrheit wiederkehrend erklären, dass

- sie sich nicht angemessen entlohnt fühlen
- sie kein ausreichendes Einkommen erhalten
- sie fürchten, nicht über ein ausreichendes Einkommen im Ruhestand verfügen zu können.

Psychosoziale Gefährdungsanalyse

Last, not least soll die Mitarbeiterbefragung 2014 die Grundlage für die psychosoziale Gefährdungsbeurteilung mindestens im Einsatzdienst, mögli-

cherweise aber auch im Ermittlungsdienst bilden. Über die Notwendigkeit einer solchen Analyse haben wir ausführlich berichtet. Den Bericht findet ihr ebenfalls auf unserer Website.

Grundlage ist der § 5 des Arbeitsschutzgesetzes:

(1) Der Arbeitgeber hat durch eine Beurteilung der für die Beschäftigten mit ihrer Arbeit verbundenen Gefährdung zu ermitteln, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes erforderlich sind.

(2) Der Arbeitgeber hat die Beurteilung je nach Art der Tätigkeiten vorzunehmen. Bei gleichartigen Arbeitsbedingungen ist die Beurteilung eines Arbeitsplatzes oder einer Tätigkeit ausreichend.

Aus einer Gefährdungsbeurteilung resultiert ein gesetzlicher Verpflichtungsgrad für den Dienstherrn, notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

Alles in allem folgt daraus:

**Mitarbeiterbefragung 2014
– da machen wir mit!**

Jörg Eilers

JUNGE GRUPPE

Bundesjugendkongress in Potsdam

Ramin Kalali in den geschäftsführenden Bundesjugendvorstand gewählt

Vom 6. bis 8. April 2014 fand in Potsdam turnusgemäß der 14. Bundesjugendkongress statt. Die **Bremer Delegation**, bestehend aus **Nils Peters, Georg Heinrich, Thomas Bartz und Ramin Kalali**, konnte dort aus Bremer Sicht tolle Erfolge erzielen. Ramin Kalali wurde aufgrund seiner herausragenden Arbeit auf Bundesebene von den 103 Delegierten mit 98% der Stimmen zum stellvertretenden Bundesjugendkassierer in den neuen geschäftsführenden Bundesjugendvorstand (GBJV) gewählt. Damit verfügt Bremen als einer der kleinsten Landesbezirke seit langer Zeit wieder über eine Stimme im höchsten Gremium der Jugendorganisation der GdP.

In der nachfolgenden Antragsberatung wurde durch die anwesenden Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet über die gewerkschaftliche Ausrichtung der Jugendarbeit in der kommenden Legislaturperiode abgestimmt. In teils hitzigen Debat-

ten und Diskussionsrunden wurden mehr als 60 Anträge bearbeitet, unter anderem zur Personal- und Besoldungspolitik, zur Eindämmung der Gewalt gegen Polizeibeamte und zu moderneren Auftritten der GdP in sozialen Medien.

Die ebenfalls verabschiedete Resolution, als Richtlinie und Auftrag an den Bundesjugendvorstand für die kommenden vier Jahre, befasst sich mit den negativen Auswirkungen der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 auf den öffentlichen Dienst.

Fazit ist das Bestreben nach einer „Re-Föderalisierung“ im Bundesgebiet.

Landesjugendvorstand



Ramin Kalali jetzt Mitglied im Bundesvorstand Junge Gruppe Foto: Georg Heinrich



Nils Peters neuer Landesvorsitzender der JUNGE GRUPPE Bremen

Am 27. März 2014 wurde unser bisheriger Landesjugendvorsitzender Jochen Kopelke auf dem 17. ordentlichen Landesdelegiertentag zum neuen Landesvorsitzenden der GdP Bremen gewählt. Mit diesem Schritt folgte schlussendlich auch der Rücktritt aus seiner bisherigen Funktion.

Da eine satzungsgemäße Neuwahl des Landesjugendvorstandes der JUNGE GRUPPE Bremen erst Ende dieses Jahres (Termin folgt zeitgerecht) auf der Landesjugendkonfe-

renz erfolgen kann, musste die Stelle des Landesjugendvorsitzenden vorerst kommissarisch besetzt werden.

Der Landesjugendvorstand hat einstimmig beschlossen, Nils Peters den Vorsitz anzuvertrauen. Er wird in dieser Funktion, wie zuvor auch Jochen, die Interessen unserer rund 600 jungen Kolleginnen und Kollegen in der GdP Bremen sowie im Bundesjugendvorstand der GdP vertreten.



Nils Peters

Foto: Georg Heinrich

MITARBEITERBEFRAGUNG

Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung der Universität Bremen vom 6. Mai bis 6. Juni 2014

Kolleginnen und Kollegen, eure Meinung ist endlich gefragt!

Fast jede und jeder von uns ist von Veränderungen der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst betroffen. Im Forschungsprojekt „Der Wandel des Staates als Arbeitgeber“ der Universität Bremen wird nun eine Bestandsaufnahme der Arbeitssituation im öffentlichen Dienst am Beispiel der Freien Hansestadt Bremen gemacht. Dafür werden alle Beschäftigten gebeten, zwischen dem 6. Mai und dem 6. Juni 2014 einen Fragebogen auszufüllen, in dem unsere Meinung zu den Veränderungen unserer Arbeitssituation und unserem Arbeitgeber, also unserem Dienstherrn, gefragt ist.

Als Gewerkschaft der Polizei unterstützen wir diese externe Befragung durch die Universität Bremen. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich an der Befragung zu beteiligen und so die Chance zu nutzen, ein Stimmungsbild unserer Arbeit in diese Studie einfließen zu lassen.

Hintergrund der Untersuchung sind die neuen Aufgaben und Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Öffentlichkeit, die zu neuen Formen der Arbeitsorganisation, neuen Beschäftigungsverhält-

nissen, Personalabbau und einer verstärkten Konkurrenz zu Privaten geführt haben. Dabei ist noch nie untersucht worden, was die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, also auch die Polizeibeschäftigten, darüber denken. Die Forscher der Universität Bremen fragen nun die Betroffenen selbst:

- **Wie beurteilen wir die Veränderung unserer Arbeitsbedingungen?**
- **Was motiviert uns zur Arbeit im öffentlichen Dienst und welche Belastungen gibt es?**
- **Was denken wir über unseren Arbeitgeber?**

Die Ergebnisse werden in einem Bericht an den Senat vorgestellt und gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen und den Beschäftigten diskutiert. Da unter anderem gefragt wird, in welchem Bereich des öffentlichen Dienstes die Beschäftigten ar-

beiten, kann für jeden Bereich eine eigene Einschätzung der Arbeit und der Arbeitsbedingungen ermittelt werden.

Die Befragung dauert ungefähr 30 Minuten und findet online unter www.umfrage.bremen.de statt. Die Teilnahme ist freiwillig und anonym. Es ist mit dem Arbeitgeber vereinbart, dass der Fragebogen während der Arbeitszeit ausgefüllt werden soll.

Um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu gelangen, ist eine breite Beteiligung erforderlich. Auch wir sind an den Ergebnissen interessiert, da wir auf diese Weise eine detaillierte Rückmeldung über eure Ansichten bekommen und Erkenntnisse, wo der größte Handlungsbedarf besteht. Deshalb unterstützen wir die Befragung und bitten euch, daran teilzunehmen.

Weitere Informationen folgen.

Der Landesvorstand



**Gut,
dass es sie gibt.**
Gewerkschaft der Polizei

